

Mut zum vierteiligen Ganzen

Einen stark wachsenden und sich wandelnden Sektor auf vier Seiten erschöpfend zu beschreiben, ist keine leichte Aufgabe. Ausgehend vom „Sinngefüge“ (dt. für Struktur) stellen sich folgende Fragen: Wer gehört zum Sektor? Wie stehen die Elemente zueinander in Beziehung? Welches sind die treibenden Kräfte? Der Versuch einer Annäherung.

Von Robert Hermanowski

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Diskussion, ob es einen Auslöser beziehungsweise Mittelpunkt des Systems gibt, ist genauso sinnvoll wie die Frage, wer zuerst da war, das Huhn oder das Ei. Je nach Sichtweise der unterschiedlichen Akteursgruppen ging von Biobauern beziehungsweise deren Vordenkern die Initialzündung aus, andere sehen Ernährungsansätze der Reformhausbewegung und Vollwerternährung als wesentlichen Auslöser für das Entstehen der ökologischen Lebensmittelwirtschaft an und Vertreter des Naturkosthandels verweisen auf die große Bedeutung dieses Sektors bei der Entwicklung des Bioanbaus insbesondere in Deutschland. Die Grünen wiederum behaupten, dass erst durch das sechseckige staatliche Biosiegel, das 2001 von der damaligen Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast initiiert worden war, der entscheidende Schub zur Bildung des Sektors einsetzte. Die einfache Lösung lautet: Alle haben Recht, denn nur in dem Miteinander der Akteure und Instrumente war die Entwicklung einer ökologischen Lebensmittelwirtschaft, wie in Deutschland geschehen, möglich – ähnlich einem Mehrkomponentenkleber oder dem Liebig'schen Minimumgesetz, das besagt, dass das Wachstum von Pflanzen durch die im Verhältnis knappste Ressource eingeschränkt wird. Übertragen heißt das: Der ökologische Landbau kann nicht wachsen, wenn die Nachfrage nicht mitwächst, oder das Wachstum des Handels muss einhergehen mit der Förderung der heimischen Produktion. Dieses Minimumgesetz macht auch die Erarbeitung von Aktionsplänen zur Förderung der ökologischen Lebensmittelwirtschaft so anspruchsvoll, denn nur wenn die Anwendung der Instrumente im richtigen Verhältnis steht, kann sich ein

Erfolg einstellen.¹ Und: Ein Aktionsplan ist ein Prozess, in dem sich die einzelnen Bestandteile synergistisch „hochschaukeln“, und keine Checkliste, nach deren einmaliger Abarbeitung man dauerhafte Erfolge erzielt.

Nun, wenn es keinen alleinigen Auslöser der Entwicklung gibt, bietet sich eine Darstellung in konzentrischen Kreisen an, in deren Mittelpunkt die ökologische Lebensmittelwirtschaft steht (siehe Abbildung, S. 13).

Akteure

Den ersten Kreis bilden die Akteure, die unmittelbar in beziehungsweise an der ökologischen Lebensmittelwirtschaft arbeiten. Die Elemente der *Wertschöpfungskette* bilden Landwirte, Verarbeitungs- und Handelsunternehmen. Bemerkenswert erscheint dabei die wachsende Bedeutung von Verarbeitungsunternehmen, die in Zeiten von Direktvermarktung und handwerklicher Verarbeitung von Rohstoffen etwa in Bäckereien noch in den 1980er-Jahren eine eher untergeordnete Bedeutung für den Sektor hatten. Namen wie Bohlseener Mühle, Hipp, Hopffisterei, Lammsbräu oder Molkerei Scheitz erinnern daran, dass eine Ausweitung des Biolandbaus ohne leistungsfähige Verarbeitungsunternehmen nicht in dieser Intensität erfolgt wäre. Für den Handelsbereich bildet der Einstieg der Discounter eine herausragende Entwicklung, die

¹ Siehe Zukunftsstrategie ökologischer Landbau: kurzlink.de/oeko-strategie

² Siehe auch Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), neues Positionspapier „Ökologische Pflanzenzüchtung“ unter boelw.de/positionszuechtung

³ Z.B. oekotierzucht.de

»Grundsätzlich ist der Biosektor in Deutschland gut aufgestellt. Es gibt aber Verbesserungsmöglichkeiten.«

Jahren sind die Kontrollstellen immer mehr unter staatlichen Einfluss geraten. Ob die Gleichung „mehr Staat = mehr Unabhängigkeit = mehr Sicherheit“ aufgeht, wird sich zeigen. Es könnte auch bei „mehr Staat = mehr Bürokratie“ enden (siehe die Beiträge Zebunke, S. 28, und Rombach, S. 30).

Vergleichbar mit politischen Parteien haben die *Verbände* die Rolle der politischen Meinungsbildner inne, sie entwickeln den Sektor inhaltlich weiter. Sie haben damit eine zentrale Mittlerrolle zwischen Politik und Verwaltung. Sie vertreten den Sektor auch in internationalen Zusammenhängen als Mitglieder der Internationalen Vereinigung biologischer Landbaubewegungen (IFOAM – Organics International) beziehungsweise innerhalb der IFOAM EU, was insofern wichtig ist, da auch die deutschen Rahmenbedingungen für den Sektor immer mehr auf europäischer Ebene bestimmt werden (siehe Beitrag Menzler, S. 16).

Nicht verschwiegen werden soll auch die Gefahr, dass Verbände – auch hier ähneln sie Parteien – ein Eigenleben entwickeln und sich mehr um den Erhalt ihrer Struktur als um die Bedürfnisse ihrer Mitglieder kümmern. Hier Beispiele zu nennen übersteigt jedoch die Risikobereitschaft des Autors. Bitte nicht falsch verstehen: Dies ist keine billige „Verbandschelte“, denn dafür ist der Autor viel zu sehr von der Bedeutung der Verbände zur inhaltlichen Weiterentwicklung der ökologischen Lebensmittelwirtschaft überzeugt. Um jedoch der Gefahr zu begegnen, dass der Staat oder große Handelskonzerne immer mehr die Definitionshoheit für den Sektor übernehmen, braucht es mehr gemeinsame Zielsetzungen und Zusammenarbeit.

Rahmenbedingungen

Welchen Wandel die Rahmenbedingungen erfahren haben, wird am besten durch einen Rückblick deutlich. Noch in den 1980er-Jahren spielten *Medien* und *Politik/Verwaltung* nur eine sehr untergeordnete Rolle. Für die Medien war der „alternative Landbau“ zu unbedeutend, um über ihn zu berichten, zumal die Definition nicht immer leicht fiel. Und die Agrarpolitik war fest in den Händen des Bauernverbands, der erst sehr viel später den Ökolandbau überhaupt zur Kenntnis nahm. Zusammengefasst kann man sagen, dass die Biolebensmittelwirtschaft in der Öffentlichkeit noch in den 1980er-Jahren keine nennenswerte Rolle spielte und dem-

entsprechend nur in alternativen Kreisen diskutiert wurde, weshalb dem Sektor lange Zeit ein „Birkenstock-Image“ anhaftete. Auch die Agrarforschung gehörte keineswegs zu den Vorreitern für diese innovative Form der Landbewirtschaftung, sondern beschäftigte sich längere Zeit mit der Frage, ob alternativer Landbau technisch überhaupt möglich ist oder nicht die Gefahr besteht, dass der Boden ohne mineralischen Stickstoff auf Dauer die Fruchtbarkeit verliert. Erst Anfang der 1990er-Jahre erfuhr der kontrolliert biologische Landbau – ein vom Naturkosthandel geprägter Begriff – eine erhebliche gesellschaftliche Aufwertung. Zum einen erfolgte auf Druck von engagierten Landwirten, Verbrauchern und Naturkosthändlern eine EU-weite gesetzliche Definition, die es Anbietern von sogenannten Pseudo-Bioprodukten schwer machte, ihre Waren weiter am Markt zu platzieren. Weiterhin erfolgte auch auf der Ebene der EU eine finanzielle Förderung des biologischen Landbaus, wobei diese zumindest zu Beginn über die Extensivierungsrichtlinie keine Anerkennung für die ökologischen Leistungen war, sondern vielmehr die geringeren Erträge als Marktentlastung gewürdigt wurden. Die Schilderung der Rahmenbedingungen wäre jedoch nicht vollständig, wenn nicht auch das Engagement der *Nichtregierungsorganisationen* wie Naturschutzverbände, Stiftungen oder Kirchen gewürdigt werden würde.

Entwicklungen

Grundsätzlich ist der Biosektor in Deutschland gut aufgestellt. Gleichwohl gibt es Verbesserungsmöglichkeiten, die wie folgt als Thesen formuliert werden können:

▷ *Bürokratisierung aufhalten*: Durch die öffentliche Definition und Finanzierung des ökologischen Landbaus ist der Sektor immer mehr unter staatliche Obhut geraten, was auch dazu führt, dass er immer mehr Aufwand mit bürokratischen Abläufen hat. Ja, der Biosektor hat in den 1980er-Jahren nach dem Staat gerufen, aber jetzt scheint es zu sein wie beim Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr loswurde. Dementsprechend ist der privatrechtliche Spielraum nicht mehr sehr groß. Positives Beispiel ist das Regionalfenster, das unter maßgeblicher Beteiligung des Ökosektors auf privatrechtlicher Ebene die Kennzeichnung regional erzeugter Produkte regelt.

▷ *Mehr Zusammenarbeit*: Einen unrealistischen Wunsch bezeichnet man umgangssprachlich auch als frommen Wunsch. Trotzdem: Mehr Zusammenarbeit zwischen den Verbänden, zwischen den Bundesländern, den Bundesländern und dem Bund, zwischen den Beratern, zwischen Verarbeitung und Handel, zwischen den Wissenschaftlern ist wünschenswert. Reibungsverluste könnten vermieden und Kräfte gebündelt werden. Wohlgedenkt soll hier nicht einer Vereinheitlichung das Wort gesprochen werden, denn auch eine Vielfalt der

